

CSC info

Halbmonatliche Informationszeitschrift
des CSC-Bezirksverbandes
Liège - Verviers - Ostbelgien
Ausgabe 12, 19. Juni 2020

www.diecsc.be

©Lightfield Studios-stock.adobe.com

Reinigung: Verlagerung von Sauberkeit zu Sicherheit

Seite 6

Inhalt

Öffnungszeiten

Seite 3

Corona-Maßnahmen

Seite 4

Europas Antwort auf die Coronakrise

Seite 5

Meldungen

Seiten 6-9

Reinigung: Verlagerung von Sauberkeit zu Sicherheit

Seite 10

Meldungen

Seite 11

Wiedereröffnung Friseursalons

Seiten 12-15

CNE-Info:

Taxshift und Indexsprung

Coronakrise: Wer steht an vorderster Front?

Keine Zukunft ohne uns

#Dasbleibthaengen

Seite 16

Kampagne Soziale Sicherheit

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes	Vera Hilt
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Birgit Schlüter

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

087/85 99 59

pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

Telefonisch und per Mail für Sie da

Aufgrund der Corona-Pandemie sind unsere Büros weiterhin geschlossen. Wir sind aber telefonisch und per Mail für Sie da. In dringenden Fällen sind auch Terminabsprachen in der CSC Eupen möglich: **csc.ostbelgien@acv-csc.be** oder **087 85 99 22**.

Sie können auch weiterhin Ihre Dokumente in den Außenbriefkästen unserer Dienstleistungszentren hinterlegen. Geben Sie bitte Handynummer und Mailadresse an. Wir werden Ihre Anfrage schnellstmöglich bearbeiten.

Alle Informationen unter: **www.diecsc.be/coronavirus**

EUPEN

Telefon: **087/85 99 98**

Email: Arbeitslosendienst: csc.chomage.eupen@acv-csc.be

Juristischer Dienst: sjverviers@acv-csc.be

Grenzgängerdienst Deutschland: gabrielle.emonts-gast@acv-csc.be

Andere Dienste: csc.ostbelgien@acv-csc.be

ST. VITH

Telefon: **087/85 99 98**

Email: Arbeitslosendienst: csc.chomage.stvith@acv-csc.be

Juristischer Dienst: sjverviers@acv-csc.be

Grenzgängerdienst Luxemburg: sjverviers@acv-csc.be

Andere Dienste: csc.ostbelgien@acv-csc.be

KELMIS

Telefon: **087/85 99 98**

Email: Arbeitslosendienst: csc.chomage.kelmis@acv-csc.be

Juristischer Dienst: sjverviers@acv-csc.be

Grenzgängerdienst Deutschland: gabrielle.emonts-gast@acv-csc.be

Andere Dienste: csc.ostbelgien@acv-csc.be

Vielen Dank für Ihr Verständnis!



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

Einigung über die Verlängerung der Corona-Maßnahmen

Ende Mai erzielte die Zehnergruppe (G10) eine Vereinbarung über die Verlängerung der Corona-Maßnahmen bis zum 31. August sowie über eine Reihe von Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Coronakrise ergriffen wurden.

Die Zehnergruppe ist das Koordinierungsorgan, in dem die leitenden Instanzen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zusammenkommen (fünf Vertreter der drei Gewerkschaften und fünf Vertreter der Arbeitgeberverbände).

Die G10 hat sich auf die Verlängerung folgender Maßnahmen geeinigt:

- › Kurzarbeit aufgrund höherer Gewalt „Corona“, einschließlich aller Maßnahmen zugunsten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern;
- › Corona-Elternurlaub;
- › Anspruch und Nichtkürzung der Arbeitslosenzulage für Arbeitnehmer in Kurzarbeit, die als Selbständige oder Arbeitnehmer eine Nebentätigkeit ausüben;
- › Einfrieren der Degressivität der vollen Arbeitslosenzulage, Neutralisierung der Periode der Eingliederungszulagen und der Referenzperioden für Künstler;
- › Kombination von 75 % der Kurzarbeitszulage und der Entlohnung in lebenswichtigen Sektoren (Saisonarbeit).

„Es war wichtig, sich nicht zu langfristige festzulegen, um Maßnahmen zu ergreifen, die der Echtzeit-Situation der Pandemie am besten gerecht werden“, erklärt Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin der CSC.

Föderalregierung

Am 12. Juni hatte die Föderalregierung eine Einigung über neue sozioökonomische Maßnahmen erzielt. Die Sozialpartner haben sich bislang noch nicht zu den getroffenen Maßnahmen geäußert. „Unter diesen Bedingungen

ist es unmöglich, voranzukommen und konkrete Vorschläge zu formulieren“, meinten die Mitglieder der Zehnergruppe. Die Föderalregierung wird gebeten, zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Die Zehnergruppe wird sich zu einem späteren Zeitpunkt treffen. Weitere Informationen lagen uns bei Redaktionsschluss nicht vor.

Die bisher beschlossenen Maßnahmen der Föderalregierung lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Die erste Kategorie betrifft die Arbeitsorganisation:

- › Schaffung einer angepassten „Corona-Arbeitslosigkeit“, die aus einem Übergang von der vorübergehenden Corona-Kurzarbeit zur klassischen wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit besteht;
- › Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für Unternehmen, die sich in einer Umstrukturierung oder in Schwierigkeiten befinden (entweder durch eine kollektive Arbeitszeitverkürzung oder durch das Zeitguthabenprogramm am Ende der beruflichen Laufbahn, dessen Zugänglichkeit mit Zulage von 57 auf 55 Jahre reduziert wird);
- › Corona-Elternurlaub bis zum 30. September, wobei Alleinerziehenden und Familien mit einem behinderten Kind ein auf 150 % erhöhter Zuschuss gewährt wird;
- › Erleichterung der Erstattung von Ausgaben von Angestellten im Homeoffice (Höchstbetrag: 127 Euro pro Monat).

Die zweite Kategorie betrifft die Investitionsförderung:

- › Einrichtung eines befristeten Covid-19-Steuerschutzsystems für KMU, die von der Coronakrise betroffen sind;
- › Ein 25 % erhöhter Investitionsabzug;
- › Erhöhung der Abzugsfähigkeit (von 50 auf 100 %) von Kosten im Zusammenhang mit der Organisation von Veranstaltungen und Catering;
- › Aussetzung der Mehrwertsteuer-Vorauszahlung vom Dezember 2020 sowie Erhöhung des Anteils des Nettoeinkommens, der für die Ermäßigung in Frage kommt (von 10 auf 20 %).

Erhöhung ÖSHZ-Mittel

Der Föderalstaat hatte Ende Mai zusätzliche Gelder in Höhe von 15 Millionen Euro für die Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) vorgesehen. Eine der Corona-Folgen ist die starke Zunahme der Anträge auf Sozialhilfe. Deshalb forderten Anfang Mai die drei ÖSHZ-Verbände des Landes die Föderalregierung zu einem raschen Handeln auf, um zu verhindern, dass eine große Zahl von Menschen in prekäre Situationen gerät. Ihre Aufforderung wurde gehört. Ein Zuschuss von 15 Millionen Euro kommt den ÖSHZ zugute, um zusätzliche Sozialhilfen zu finanzieren. Sie beschränken sich nicht auf Empfänger des sozialen Integrationseinkommens oder andere Sozialhilfe. Sie sind den „Zielgruppen“ der ÖSHZ zugänglich, d.h. allen Personen in einer Notlage.

Mehrfach hatte die CSC darauf hingewiesen, dass diese Mittel willkommen aber unzureichend seien. Die allgemeine Kritik wurde immer lauter und am 12. Juni beschloss die Föderalregierung, 100 Millionen Euro für die ÖSHZ bereitzustellen, d. h. für Menschen in Not (insbesondere für Menschen, die von Energiearmut betroffen sind).

Europas Antwort auf die Coronakrise

© Philippe Clément/Belpress.com

Neben der Föderalregierung und den Regionalregierungen, die sich zur Zeit bemühen, die Folgen der Corona-Pandemie einzudämmen, hat auch die Europäische Union eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen eingeführt, wie z.B. ein wichtiges Sicherheitsnetz für Arbeitsplätze und Arbeitnehmer. Wir haben uns zwei dieser Unterstützungsinitiativen etwas genauer angesehen.

Seit Beginn der Coronakrise vervielfachen sich die Initiativen der Europäischen Union zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen: Zusätzlich zu einem Wiederaufbauprogramm von 750 Milliarden Euro wird die Kommission dem Kohäsionsfonds 37 Milliarden Euro entnehmen, um Maßnahmen zur Rettung des Arbeitsmarktes zu finanzieren.

EU-Hilfsprogramm

Im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise (CRII+) sind die Mitgliedstaaten von der Verpflichtung befreit, der Kommission 8 Milliarden Vorschusszahlungen für die Kohäsionsfonds, die im Programm 2014-2020 nicht verwendet werden, zurückzuerstatten. Sie können diese Mittel als nationale Kofinanzierung nutzen (was in der Regel erforderlich ist), um die noch nicht gebundenen Mittel der Kohäsionsfonds in Anspruch nehmen zu können (29 Milliarden Euro). Das so freigesetzte Budget beläuft sich auf 37 Milliarden Euro, die für die Finanzierung von medizinischen Maßnahmen, die Unterstützung von KMU oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verwendet werden können.

In einem zweiten Schritt strebt die EU-Kommission mehr Flexibilität bei der Zuweisung der Mittel an. Es soll insbesondere möglich sein, die Maßnahmen vollständig mit europäischen Geldern zu finanzieren.

Weil die Gefahr besteht, dass viele Unternehmen wegen mangelnden

Cashflows oder Eigenkapitals Konkurs anmelden müssen, hat die Kommission schnell die Regeln bezüglich der staatlichen Beihilfen angepasst, damit die nationalen Behörden für Bankkredite bürgen oder ihre Investitionsfonds nutzen können, um das Kapital von Unternehmen in Schwierigkeiten aufzustocken.

Kurzarbeitssysteme

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen hat der Europäische Rat das europäische SURE-Instrument verabschiedet für die vorübergehende Unterstützung zur Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken.

SURE soll dazu beitragen, Arbeitsplätze und Arbeitnehmer zu schützen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind. Es wird finanzielle Hilfe in Form von Darlehen von bis zu 100 Milliarden Euro bereitstellen, die die EU den Mitgliedstaaten zu günstigen Bedingungen gewährt. Diese Darlehen werden den Mitgliedstaaten helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zur Erhaltung der Beschäftigung zu bekämpfen. Sie sollen auch Ausgaben abdecken, die in direktem Zusammenhang mit der Einführung oder Verlängerung der Kurzarbeit (sei es Teilzeit- oder Vollzeitarbeitslosigkeit) stehen, sowie ähnliche Maßnahmen für Selbständige als Reaktion auf die Corona-Pandemie. Der Europäische Rat hat die Maßnahme bereits validiert, die ab Juni dieses Jahres umgesetzt werden kann.

Mehr Solidarität für einen europäischen Wiederaufbaufonds?

Eine der wichtigsten Lehren aus dieser Krise ist, dass die öffentlichen Behörden die Wirtschaft wieder ankurbeln müssen, wenn die Krise sie zum Erliegen gebracht hat. Eine europäische Antwort ist lebenswichtig für die EU, da die europäischen Volkswirtschaften stark miteinander verbunden sind. Wenn Spaniens und Italiens gegenwärtige Schwierigkeiten anhalten, wird die Situation auch für die nordeuropäischen Länder katastrophal sein.

Ende Mai schlug die Europäische Kommission einen Wiederaufbaufonds vor, der mit 750 Milliarden Euro die Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft finanzieren soll. Bereits Mitte Mai machten der französische Präsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der Befürwortung eines Wiederaufbaufonds einen wichtigen Schritt vorwärts: 500 Milliarden Euro Subventionen sollen den Mitgliedstaaten je nach der Schwere der Auswirkungen der Krise auf das jeweilige Land gewährt werden. Subventionen anstatt zurückzahlbare Darlehen sind Ausdruck der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Der Vorschlag muss noch vom Rat angenommen werden. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, muss dann ein Kräftemessen zwischen den vier „Genügsamen“ (Niederlande, Dänemark, Schweden und Österreich) und dem übrigen Europa regulieren.

Ein Europa für Klima und Beschäftigung

Als Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die Europäische Union eine Reihe von Mechanismen eingerichtet, um die Mitgliedstaaten bei der Finanzierung dringender Maßnahmen zu unterstützen. Die Europäische Kommission, die wegen ihres Umgangs mit der Finanzkrise von 2008 kritisiert wurde, hat beschlossen, diesmal einzugreifen und schlägt einen Rettungsfonds in Höhe von 750 Milliarden Euro vor.

Aber die Frage, die sich nun stellen wird, ist die Art dieses Neustarts. Diese Pandemie darf uns den klimatischen Notstand nicht vergessen lassen. Mehr denn je ist es an der Zeit, die Wende in der Allianz für Klima und Beschäftigung einzuleiten, die den von der EU-Kommission verabschiedeten „Green Deal“ stärken würde. Dies ist der beste Weg, um die wirklichen Veränderungen herbeizuführen, die Europa braucht, um sich von der Coronakrise zu erholen, Arbeitsplätze zu schaffen und eine möglichst widerstandsfähige Wirtschaft aufzubauen. Dieser Klima- und Beschäftigungspakt erfordert eine nachhaltige Finanzierung, denn das Ziel bleibt daselbe: Klimaneutralität bis 2050.

Um den Klimakampf zu gewinnen, fordert eine breite Koalition, die Gewerkschaften (einschließlich der CSC), Studenten, Politiker und Bürger mit unterschiedlichem Hintergrund umfasst, die Europäische Union auf, diese Allianz als einen der Hauptpfeiler des europäischen Sanierungsplans aufzunehmen und den klimatischen Notstand anzuerkennen.

Zur Finanzierung eines echten „Green Deals“ werden drei Lösungen vorgeschlagen: ein Ende aller Subventionen und aller Investitionen in fossile Brennstoffe, die Schaffung einer Europäischen Bank für Klima und Biodiversität und die Erstellung eines echten europäischen Budgets für Klima und biologische Vielfalt. In der Tat sind wir als Gewerkschaftsorganisation davon überzeugt, dass der ökologische Übergang nicht nur eine Frage des Überlebens ist, sondern auch eine Chance für Europa, sich neu zu erfinden und sich am Ende der Covid-19-Krise zu stärken.

Schließen Sie sich dem Aufruf für ein Europa für Klima und Beschäftigung an.

Marie-Hélène Ska, Generalsekretärin

Europa: Drei Lösungen für Klima & Beschäftigung

Die Covid-19-Krise darf uns den klimatischen Notstand nicht vergessen lassen. Mehr denn je ist es an der Zeit, einen neuen europäischen Pakt für Klima und Beschäftigung zu schaffen.

Die CSC hat sich einer breiten Koalition der Zivilgesellschaft angeschlossen, um die europäischen Staats- und Regierungschefs aufzufordern, einen grünen Aufschwung zu finanzieren.

Drei Lösungen:

- › Ein Ende aller Subventionen und Investitionen in fossile Brennstoffe;
- › Schaffung einer europäischen Klima- und Biodiversitätsbank, die jedem Mitgliedstaat zinslose Darlehen für Klima- und Beschäftigungsinvestitionen gewährt;
- › Aufstellung eines echten europäischen Budgets für Klima und biologische Vielfalt.

Diese drei Lösungen würden insbesondere dem Green Deal ermöglichen, mehrere Millionen Arbeitsplätze in Europa zu schaffen und das Einkommen von Millionen von

Familien zu verbessern.

Die CSC lädt Sie ein, sich diesem Aufruf für einen grünen Rettungsplan für Europa und die Welt auf www.climateandjobs.eu anzuschließen. Sobald eine Million Unterschriften gesammelt sind, werden die Europaabgeordneten in Schlüsselpositionen diese an die EU-Stats- und Regierungschefs übergeben.



Broschüre Jahresurlaub

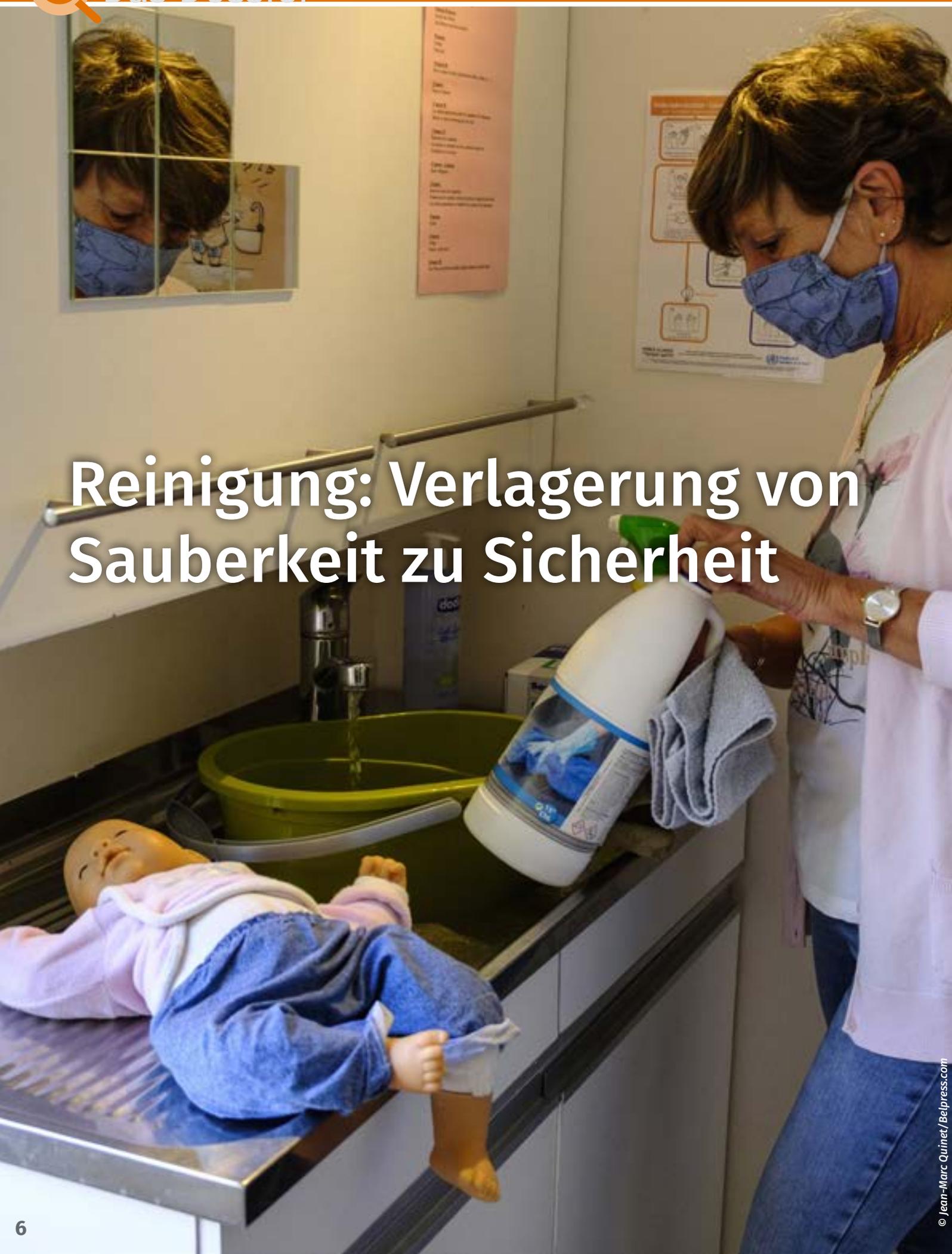
Sie träumen davon, Urlaub zu machen? In der von der CSC veröffentlichten Broschüre „Jahresurlaub 2020“ finden Sie alle notwendigen Informationen zu diesem Thema.

Sie fragen sich, ob die Corona-Krise Auswirkungen auf Ihren Urlaub hat? Diesem Thema ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Es geht auf die legitimen Bedenken der Arbeitnehmer über die Auswirkungen dieser Pandemie auf das gesellschaftliche Leben in Belgien ein.



www.diecsc.be/urlaub

Reinigung: Verlagerung von Sauberkeit zu Sicherheit



Die Reinigungsbranche hat im Kampf gegen die Ausbreitung von Covid-19 eine entscheidende Rolle gespielt und tut dies weiterhin. Am Tag der Reinigungskräfte (19. Juni) blicken wir auf diesen sich wandelnden Sektor und die Notwendigkeit der Anerkennung seiner Beschäftigten.

Mehr als 200.000 Arbeitnehmer des Reinigungssektors waren je nach Kategorie unterschiedlich stark vom Lockdown betroffen. Während die so genannten systemrelevanten Sektoren weiterarbeiteten, stellten andere nicht als systemrelevant eingestufte Bereiche, wie z.B. die Reinigung im Hotel- und Gaststättengewerbe, ihre Arbeit ein. Die Arbeitnehmer aus dem Sektor der Dienstleistungsschecks waren zwar nicht gezwungen, die Arbeit einzustellen, konnten diese aber nicht verrichten: Viele Unternehmen, Arbeitnehmer und vor allem Kunden zogen es vor, während des Lockdowns nicht zu arbeiten. In diesem vielfältigen Kontext stellt Gaëtan Stas, Generalsekretär der CSC Nahrung & Dienste, fest, dass „die Covid-19-Krise das gesamte Reinigungspersonal unter besonderen Druck gesetzt hat.“ Hygiene- und Reinigungsmaßnahmen sind nach der sozialen Distanzierung die zweitwichtigste konkrete Maßnahme, um sich vor dem Virus zu schützen. In diesem Kontext sind die Aufgaben des Reinigungspersonals in Schulen, Geschäften und Büros von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft. Dies setzt die Arbeitnehmer unter großen Druck. Sie mussten überdies viel Flexibilität an den Tag legen, um den besonderen Anforderungen während der Coronavirus-Periode gerecht zu werden. „Die Reinigungskriterien zur Bekämpfung der Krankheit sind viel anspruchsvoller als die üblichen Bedingungen“, sagt Gaëtan Stas. „Man macht sie für vieles verantwortlich. In gewisser Weise sind sie es, die grünes Licht für die Wiederaufnahme der Tätigkeit in den Schulen gegeben haben. Bei Kontakten mit Delegierten und Mitgliedern spüren wir, dass sie sich der Bedeutung der zusätzlichen Aufgaben bewusst sind, die der Ausbruch der Pandemie mit sich gebracht hat. Dies ist eine weitere psychologische und moralische Belastung für die Arbeitnehmer.“

Achtung: Rutschgefahr

Das Coronavirus hat viele Berufe der Reinigungsbranche nachhaltig beeinflusst, indem es den eigentlichen Zweck der Arbeit verändert hat. „Die Arbeit hat sich bereits in zweierlei Hinsicht verändert“, bemerkt der Generalsekretär. Branchenintern findet eine globale Verlagerung der Aufgaben des Reinigungspersonals statt: Vielerorts fallen einige traditionelle Reinigungsaufgaben weg zugunsten der Desinfektion von Klinken, Tassen, Kaffeemaschinen, Waschbecken bei Toiletten usw. Der Schwerpunkt liegt jetzt mehr auf der Sicherheit und weniger auf der Sauberkeit.“ Diese Verlagerung von der Reinigung zur Sicherheit ist die zweite Entwicklung und wirft Fragen auf: „Das Sicherheitspersonal an den Eingängen von Supermärkten oder Baumärkten, das die Einkaufswagen desinfiziert, übernimmt Reinigungsarbeiten. Wie weit kann der Aufgabenbereich eines Sicherheitsmitarbeiters ausgedehnt werden? Besteht nicht die Gefahr des Missbrauchs, wenn er gebeten wird, mal schnell die Klinken zu putzen? Derzeit finden diesbezügliche Überlegungen in diesem Sektor statt.“

Desinfizieren ist nicht gleich reinigen

Diese Verlagerung von der Sauberkeit zur Desinfektion bedeutet auch, dass viele Reinigungsunternehmen wieder auf die Verwendung von Produkten zurückgreifen, die schädlich für die Umwelt und die Gesundheit der Arbeitnehmer sind, wie z.B. Bleichmittel oder Ammoniak. „Dort, wo wir Gewerkschaftsdelegationen haben, bekämpfen wir zurzeit den übermäßigen Gebrauch dieser giftigen Produkte, die zudem keine reinigende Wirkung haben. Wir müssen weiterhin auf die Art der verwendeten Produkte achten. Es gilt, neue Gleichgewichte zwischen Desinfektion und Reinigung zu finden.“

Anerkennungsbedarf

Wenn die schwierige Zeit der Pandemie einen positiven Aspekt hat, dann ist es vielleicht die Tatsache, dass sie die Reinigungskräfte aus dem Schatten geholt hat. „Der Kampf gegen das Coronavirus hat die Bedeutung dieses Sektors für das Funktionieren einer Institution, einer Schule, eines Unternehmens und eines Gewerbes erneut unterstrichen. In Normalzeiten ist man sich dessen nicht ausreichend bewusst. Dieses Gefühl der mangelnden Anerkennung ist sehr präsent“, beklagt Gaëtan Stas. Aber gegenwärtig beobachtet man, ähnlich wie für das Pflegepersonal, eine Reihe von Gesten der Unterstützung, seien es Worte des Dankes, Gesten der Ermutigung, Zeichnungen für das Reinigungspersonal oder die Müllabfuhr. In der Paritätischen Kommission des Reinigungssektors wurde die symbolische Anerkennung durch eine finanzielle Anerkennung für besondere Aufgaben an diesen ganz besonderen Orten ergänzt. So konnten beispielsweise in bestimmten Fällen Arbeitnehmer, die entweder in Gemeinschaftsbereichen von Pflegeheimen oder in Räumen mit Corona-Patienten arbeiten mussten, eine oder sogar mehrere Anerkennungskategorien erhalten.

Die Covid-19-Krise hat das gesamte Reinigungspersonal unter großen Druck gesetzt.

Wie jedes Jahr wollte auch die CSC Nahrung & Dienste den Beschäftigten des Sektors danken, indem sie trotz des außergewöhnlichen Kontextes zum 13. Mal den Tag der Reinigungskräfte organisiert.

„Mit unserer digitalen Kampagne für den Tag der Reinigungskräfte wollen wir jene Arbeitnehmer hervorheben, die uns ähnlich wie das Pflegepersonal auf ihre Weise geholfen haben, die Gesundheitskrise zu überwinden und die weiterhin die Sicherheit der Bevölkerung während der Lockerung der Maßnahmen in mehreren Sektoren gewährleisten“, so der Generalsekretär.



Ferhat ist bei der Müllabfuhr: „Wir sind hier, wir existieren“

Wenn man Reinigung sagt, denkt man nicht sofort an die Müllsammlung. Obschon diese Arbeit in Corona-Zeiten als systemrelevant gilt.

Ferhat arbeitet für das Unternehmen Suez Belgien, das sich im Abfallmanagement spezialisiert hat. Dieser Gewerkschaftsdelegierte mit schon drei Mandaten sammelt seit 17 Jahren Restmüll, Papier, PMK¹ und Sperrmüll ein. Er erläutert seine Arbeit.

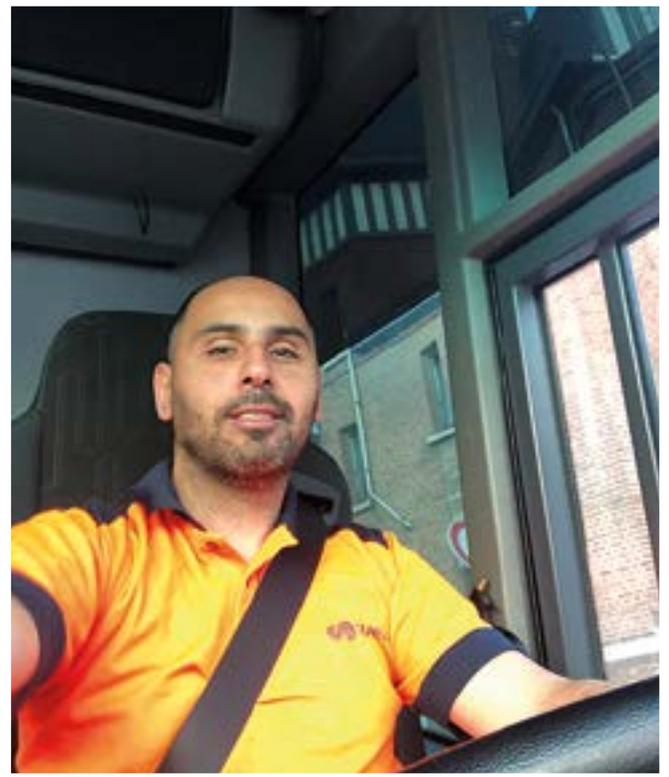
Mit welchen Schwierigkeiten ist Ihre Arbeit verbunden?

Wir verarbeiten zwischen zehn und fünfzehn Tonnen Müll pro Tag. Unsere Arbeit ist also schwer, genau wie die Müllsäcke, die die Menschen vor die Tür stellen. Das Gewicht belastet den ganzen Körper, und viele Arbeiter haben Rücken-, Knie- und Ellbogenschmerzen. Dass wir immer draußen arbeiten, macht es noch schwerer. Ob es regnet, sehr heiß oder sehr kalt ist, der Müll muss eingesammelt werden - und das muss schnell gehen. Deshalb laufen wir oft mit den Lasten hinter dem Müllwagen her. Um den Verkehr nicht zu stark zu bremsen und weil Rentabilität eine wichtige Rolle spielt in diesem stark umkämpften Sektor. Dieser Rentabilitätsdruck und der Druck von eiligen Autofahrern, die uns manchmal beleidigen, fügt zur körperlich anstrengenden Arbeit noch eine psychische Belastung hinzu.

Wie hat sich die Coronakrise auf Ihren Sektor ausgewirkt?

Es war eine Form der Anerkennung, dass die Regierung uns als systemrelevanten Sektor eingestuft hat. Wir sind einfache Arbeiter, die bezahlt werden, um Müll einzusammeln. Aber angesichts der Ausgangsbeschränkungen und des Virus gäbe es ohne unsere Arbeit wahrscheinlich mehr Gesundheitsprobleme. Wir haben während der Krise weitergearbeitet, trotz des Personalmangels aus gesundheitlichen Gründen. Wir haben unser Bestes gegeben.

Unser Arbeitgeber hat gut über die Empfehlungen der Regierung bezüglich sozialer Distanz oder Handhygiene kommuniziert. Aber auf Gewerkschaftsebene mussten wir Druck ausüben, um Masken und Desinfektionsmittel zu erhalten (vier Masken pro Tag pro Arbeiter und genügend Handgel). Das Management hat auch das Ausmaß der Probleme bei der Einhaltung der sozialen Distanz erkannt. Ab nun fährt einer der drei Arbeiter die Runde in seinem persönlichen Fahrzeug, und nur zwei Personen sitzen in der Kabine der Müllwagen. In diesen werden zurzeit Abtrennungen aus Plexiglas installiert. Die Sicherheit der Arbeitnehmer wird wöchentlich bewertet. Es gibt aber nur sehr wenig Sozialdialog, wenn es darum geht, Entscheidungen



zu treffen. Diese werden alle vom Krisenstab des Unternehmens getroffen.

Es war eine Form der Anerkennung, dass die Regierung uns als systemrelevanten Sektor eingestuft hat.

Was hält das Müllabfuhrpersonal vom Tag der Reinigungskräfte?

Dieser Tag ermöglicht eine direkte Kommunikation mit den Bürgern. Die Bevölkerung ist sich im Allgemeinen nicht der Bedeutung des Reinigungssektors bewusst, obschon unsere Arbeit ihr ein besseres Lebensumfeld und eine bessere Gesundheit bietet. An diesem Tag können wir laut sagen: „Wir sind hier, wir existieren.“

(1) PMK = Plastikflaschen ohne Verschluss, Metallverpackungen restentleert, Getränke-Kartons flachgedrückt



Hausangestellten droht größte Not

Die Pandemie ist global. Und ihre Auswirkungen sind besonders verheerend für Hausangestellte.

Zu den eindrucksvollen Bildern dieser Pandemie zählen zweifelsohne die des „Lockdown“ in Indien: Zehntausende gefährdete Arbeiter flohen aus den Städten in ihre Dörfer, um dank der Solidarität ihrer Familien zu überleben. Unter ihnen waren wahrscheinlich viele Hausangestellte. In den meisten Ländern, in denen sie (meist Frauen) arbeiten, gibt es keine Arbeitsverträge, keinen sozialen Schutz und keine Lohngarantie. Hausangestellte repräsentieren die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, sowohl was die Pandemie, die politischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung als auch den Rassismus betrifft, dem sie häufig zum Opfer fallen.

Aufgrund ihrer internationalen Beziehungen war die CSC Nahrung und Dienste die treibende Kraft hinter der Gründung der „International Domestic Workers Federation“. Diese Organisation bringt Gewerkschaften und NGOs zusammen, um Gesetze zu ändern und die Situation von Hausangestellten in möglichst vielen Ländern zu verbessern. Ihre Anerkennung als Arbeitnehmer ist eines der vorrangigen Ziele, damit sie das Recht auf einen Lohn und nicht nur auf Unterkunft und Verpflegung haben.

„Es stehen stets mehr wichtige Gewerkschaftsfragen an, die sich auf Hausangestellte konzentrieren“, sagt Gaëtan Stas, Generalsekretär der CSC Nahrung und Dienste. „Das Coronavirus könnte in Belgien zu Elend führen. Aber die Situation wird noch viel schlimmer sein für diese Menschen, die von heute auf morgen nichts mehr haben und mit größter Not konfrontiert werden. Wir halten es für wichtig, anlässlich unseres Tages der Reinigungskräfte und ganz allgemein als Teil unserer Bestrebungen für eine bessere Welt auf die schwierige Situation der Hausangestellten zu erinnern.“

Ein digitaler Tag der Reinigungskräfte

Aufgrund des Coronavirus wird der Tag der Reinigungskräfte 2020 in digitaler Form stattfinden. Machen Sie mit!

Am 19. Juni will die CSC Nahrung und Dienste allen Reinigungskräften, Haushaltshilfen, Fensterputzern, der Müllabfuhr und dem Reinigungspersonal von Krankenhäusern und Schulen für die fantastische Arbeit danken, die sie Tag für Tag, mit oder ohne Corona, leisten.

Sprechen auch Sie ihnen Ihren Dank aus durch

ein Video...

Bekunden Sie den Helden des Reinigungssektors Ihren Respekt und danken Sie Ihrem persönlichen Held.

Wie? Machen Sie ein kurzes Video für eine Reinigungskraft, der Sie ganz besonders danken wollen. Das Video wird am 19. Juni auf den sozialen Medien geteilt. Weitere Informationen über die Form des Videos finden Sie auf www.facebook.com/CSCjourneenettoyage



... und/oder eine Aktion

Hängen Sie am 19. Juni ein Reinigungsutensil (Wischtuch, Putzlappen, Handtuch usw.) mit einem Danke als Wertschätzung des Reinigungsberufs an Ihre Haustür oder Ihr Fenster. Stellen Sie Ihre Fotos auf Facebook oder senden Sie sie per Messenger.



Dienstleistungsschecks: Sektorenabkommen und erzielte Fortschritte

Nach mehr als einem Jahr schwieriger Verhandlungen wurde am 19. Mai ein Sozialabkommen für die 140.000 Arbeitnehmer im Sektor der Dienstleistungsschecks (PK 322.01) abgeschlossen. Es wurden signifikante Verbesserungen erzielt.

Das Abkommen sieht insbesondere Folgendes vor:

- 0,8 % Lohnerhöhung ab Januar 2020 mit rückwirkender Kraft (zusätzlich zum 2 %-Index);
- einen Geschenkgutschein von 20 Euro;
- eine Gewerkschaftsprämie von 120 Euro (statt 110);
- eine erhebliche Verlängerung des Zeitkredits und des SAB ist ebenfalls möglich.

Arbeitslosigkeit in der DG steigt weiter

Ende Mai waren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2.407 Vollarbeitslose gemeldet. Das sind 35 Personen mehr als Ende April. Die Arbeitslosenrate steigt auf 6,6%.

Laut Arbeitsamt (ADG) waren Ende Mai insgesamt 1.271 Männer und 1.136 Frauen als Arbeitsuchende ohne Beschäftigung eingetragen. „Der Anstieg liegt seit Ende April bei 2,3 %. Während im Frühjahr normalerweise ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen ist, kann dieser Anstieg vor allem auf die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zurückgeführt werden. Die Zunahme ist allerdings schwächer als noch im April und liegt vor allem in der Gemeinde Eupen vor“, erklärt das ADG.

Das Arbeitsamt weist darauf hin, dass Kurzarbeiter sich nicht beim Arbeitsamt als Arbeitsuchende melden müssen und somit auch nicht in der Statistik der Arbeitsuchenden erscheinen. „Wir stellen auch fest, dass der größte Anstieg bei den Personen zu verzeichnen ist, die schon vor der Covid19-Krise auf Arbeitsuche waren, oft schon seit rund einem Jahr. Dies kann vor allem auf einen deutlichen Rückgang bei der Arbeitsvermittlung zurück geführt werden, einhergehend mit einem Einbruch bei der Meldung neuer Stellenangebote, wodurch mehr Personen in Arbeitslosigkeit verbleiben.“

In den anderen Regionen des Landes ist im Vergleich zum April ein leichter Rückgang zu beobachten. In Wallonien und Flandern ist die Arbeitslosigkeit um jeweils rund 1,8 % gesunken, im Landesschnitt um 1,9 % (-9.400 Personen).

Im Vergleich zum Vorjahr ist landesweit weiterhin ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen, in der DG um insgesamt 14,5 % (oder 304 Personen mehr als Ende Mai 2019). Im Mai wurden landesweit rund 8,5 % Arbeitslose mehr gezählt als letztes Jahr, in Flandern beläuft sich der Unterschied auf +14 % und in Wallonien auf +7,6 %.



www.adg.be

Corona-Kontaktstelle für das Baufach

Haben Sie Fragen zur sicheren Durchführung von Bauarbeiten während der Coronakrise? Dann besuchen Sie die Internetseite www.constructiv.be. Dort finden Sie Antworten und Dokumente zur Umsetzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus.

Sie können die Berater auch kostenlos unter 0800 11 759 oder per E-Mail unter corona@constructiv.be kontaktieren.

Eine von der CSC Bau-Industrie & Energie unterstützte Initiative.

Stempelkarten: 24. Juni

Wenn Sie vollarbeitslos sind, können Sie uns Ihre Stempelkarte schon ab dem 24. Juni zukommen lassen:

- › Über die eC3-App im App Store und Google Play (Infos unter www.diecsc.be/ec3)
- › Per Post
- › In den Briefkasten eines CSC-Dienstleistungszentrums

Wenn Sie sich zwischen dem Zeitpunkt, an dem Sie Ihre Karte versenden und dem Monatsende in einer Situation befinden, die nicht mit dem Bezug der Arbeitslosenzulagen vereinbar ist (Arbeit, Krankheit, anderes), benachrichtigen Sie bitte umgehend Ihr CSC-Dienstleistungszentrum.

Achtung! Diese Ankündigung betrifft nicht die Corona-Kurzarbeit.

Was tun, wenn das Unternehmen kurz vor dem Konkurs steht?

Die CSC möchte Ihnen durch diese schwierige Zeit helfen. Als CSC-Mitglied können Sie auf eine gute Unterstützung und Beratung zählen, um all Ihre Rechte in vollem Umfang zu verteidigen. Wir kümmern uns auch um alle administrativen Aspekte der Schuldforderung, Ihren Antrag auf Arbeitslosenzulagen und deren Auszahlung durch unsere Zahlstelle.

Was müssen Sie tun, um diese professionelle Unterstützung zu erhalten? Das ist sehr einfach:

- › Schreiben Sie sich online bei der CSC ein: www.diecsc.be/konkurs;
- › Die CSC hilft Ihnen, eine Schuldforderung zu erstellen, die Ihrem Arbeitgeber zu übermitteln ist;
- › Die CSC erstellt einen Antrag auf Arbeitslosengeld, damit Sie diesen beim LfA einreichen können;
- › Nachdem Sie sich registriert haben, wird sich die CSC mit Ihnen in Verbindung setzen, um Ihr Dossier zu erstellen.

Tragen Sie sich unverzüglich beim zuständigen Arbeitsamt als Arbeitsuchender ein:

Deutschsprachige Gemeinschaft: www.adg.be
Wallonische Region: www.forem.be
Flandern: www.vdab.be
Region Brüssel: www.actiris.be

Sie müssen sich innerhalb von 8 Tagen nach dem Konkurs eintragen!

Wenn Sie weitere Informationen über Ihre Situation und Ihre Rechte und Pflichten bei Konkurs Ihres Arbeitgebers wünschen, besuchen Sie unsere Internetseite.



www.diecsc.be/konkurs

Wiedereröffnung Friseurläden „Die Kunden sind froh, wieder zu uns zu können“



© Alvaro Gonzalez Fotografia-stock.adobe.com

Die Wiedereröffnung der Friseursalons wurde von der Bevölkerung besonders erwartet. Eine Kundin und eine Friseurin im Gespräch darüber, wie sich die Salons angepasst haben, um den Anforderungen ihres gegenseitigen Schutzes zu entsprechen.

„Ich bin sehr glücklich, wieder arbeiten zu können. Es war, als hätte man sein Fahrrad abgestellt und es zwei Monate später in perfektem Zustand vorgefunden. Alle Reflexe sind wieder da“, freut sich Valérie, seit sieben Jahren Friseurin in einem kleinen Salon im Zentrum von Brüssel, der am 20. Mai wiedereröffnet wurde. „Ich war ein wenig besorgt wegen des Arbeitsklimas und der Zwänge der auferlegten Maßnahmen. Wir hatten mit unserer Chefin, mit der ich im Salon arbeite, ein Gespräch darüber, wie wir wieder arbeiten können. Wir haben die Schutzmaßnahmen integriert und das war's.“

Dimitra Penidis, Beraterin im Studiendienst der CSC Bau-Industrie & Energie, die mit der Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitnehmer in diesem Sektor gut vertraut ist, hatte einen Termin bei einer Kette von Friseursalons in Brüssel vereinbart. „Die Friseurinnen hatten schriftliche Informationen erhalten, welche Maßnahmen einzuhalten sind. Zugang auf Termin, das Tragen von Masken war für alle obligatorisch und ein Sicherheitsabstand von 1,5 m wurde eingehalten“. Schwieriger war es jedoch, zu überprüfen, ob die Regel von einem Kunden pro 10m² oder zwei Kunden bei weniger als 20m² tatsächlich eingehalten wurde: „Es waren vier Friseurinnen und bis zu sechs Kunden gleichzeitig im Salon. Ich hatte den-

noch den Eindruck, dass man zeitweilen recht zahlreich war!“

Hindernisse und Stress

Jeder Salon musste sich je nach Bestuhlung und Konstellation anpassen, um die Maßnahmen einzuhalten. „Ein Stuhl wurde entfernt, um den Sicherheitsabstand zu ermöglichen. Alles wird desinfiziert, gereinigt: der Stuhl, das Haarwaschbecken,... Wir verwenden Desinfektionsmittel, was wir früher mit Seife und Wasser gemacht haben“, erklärt Valérie. In dem Salon, den Dimitra Penidis besuchte, wurde Plexiglas installiert. „Aber auf engem Raum ist dessen Einsatz problematisch und schränkt unseren Bewegungsspielraum stark ein. Auch ist es für eine Friseurin schwierig, Material oder Produkte zu holen“, fügt Valérie hinzu. Sie muss sich zwischen ihren Kolleginnen durchschlängeln und das Plexiglas verschieben, um von einer Stelle zur anderen zu gelangen. „In punkto Sicherheit ist es nicht ideal.“ Sie hat auch Schwierigkeiten beim Termin- und Zeitmanagement festgestellt, was für die Friseurinnen mehr Stress bedeutet: „Manche Kunden kommen zu spät, andere müssen draußen warten, weil es eine Verspätung gibt oder der Salon noch desinfiziert werden muss. Ein Schnitt, der länger dauert als vorgesehen und es kommt zum Dominoeffekt!“

Den Friseuren wird ein gewisser Spielraum eingeräumt, z.B. ob sie beim Schneiden Handschuhe tragen sollen oder nicht, was zwar empfohlen, aber nicht vorgeschrieben ist. „Wir sind besonders umweltbewusst in unserem Salon und wir achten weiterhin darauf, nicht zu viele Einwegprodukte zu verwenden. Wir benutzen keine Handschuhe und waschen Umhänge, statt Einwegumhänge zu benutzen“. In dem Salon den Dimitra besucht, entschied man sich jedoch für die Verwendung von Einweg-Plastikumhängen. Die Kunden werden aufgefordert, sie selbst zu binden, um den direkten und engen Kontakt mit den Friseuren einzuschränken. Abgesehen von der Tatsache, dass diese Umhänge laut Dimitra „unbequem“ sind, stellt sich auch die Frage nach der Entsorgung dieses neuen Abfalls. In welchen Müllsack sollen die Einwegumhänge geworfen werden?

Erleichterung

Insgesamt scheint die Wiedereröffnung der Friseursalons sowohl für die Kunden als auch für die Arbeitnehmer eine Erleichterung zu sein. „Die Friseurinnen schienen gelassen und zufrieden mit den getroffenen Maßnahmen. Sie sagten, dass sie das von der Mehrheit der Kunden gezeigte Verständnis und die Freude darüber wieder den Salon besuchen zu können sehr zu schätzen wussten“, erklärt Dimitra und freut sich, nach Wochen strengen Lockdowns wieder ein „menschliches Gesicht“ zu sehen. „Die Kunden sind glücklich, unseren Salon wieder besuchen zu können, wo sie angenehme Momente verbringen“, so Valérie abschließend.

Taxshift und Indexsprung

ERGEBNISSE DER BEIDEN MASSNAHMEN

Eine Studie hat die Politik der Michel-Regierung in Sachen Taxshift und Indexsprung unter die Lupe genommen. Das Ziel? Deren Auswirkungen auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu prüfen. Schlussfolgerung? Wir haben uns zu Recht dagegen gewehrt!

Mit Taxshift und Indexsprung wollte die Michel-Regierung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern und gleichzeitig die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen. Wir haben sie beim Wort genommen und fassen in diesem Artikel die Ergebnisse einer Studie zusammen, die mit Hilfe der CNE⁽¹⁾ verwirklicht wurde.

Nehmen wir zuerst den Indexsprung, denn da ist alles ganz einfach. Der Indexsprung ist in der Tat ein Einfrieren der automatischen Lohnindexierung von 2%. Dieses Einfrieren des Index galt für alle Arbeitnehmer im Privatsektor, für die öffentlichen Bediensteten und für die Sozialzulagenempfänger. Der Indexsprung führt zu einem Verlust der Kaufkraft in Höhe von 2% der Einkommen.

Der Taxshift ist eine andere Sache. Er umfasst sowohl positive als auch negative Maßnahmen für die Kaufkraft.

Einerseits erhöht er die Kaufkraft durch Senkung der persönlichen Einkommenssteuer auf unterschiedliche Weise⁽²⁾. Durch diese Maßnahmen verdienen einige am Ende des Monats netto mehr: hauptsächlich Personen mit einem Arbeitsplatz fallen unter diese Maßnahmen. Die Mehrheit der Arbeitslosen, Rentner und Sozialzulagenempfänger profitierte jedoch nicht von der Nettoerhöhung am Ende des Monats.

Andererseits reduziert der Taxshift die Kaufkraft, hauptsächlich durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern⁽³⁾, um die oben erklärten Steu-

ensenkungen zu finanzieren. Hinzu kommen Senkungen der Arbeitgeberbeiträge (von 33 auf 25 %) und ein ganzer Teil des Taxshift, der bis zum heutigem Zeitpunkt immer noch nicht finanziert ist (und man geht davon aus, dass er von den Arbeitnehmern finanziert wird und nicht durch das Kapital).

Unter Berücksichtigung all dieser Maßnahmen in Sachen Taxshift und Indexsprung kann man die Auswirkungen auf die Kaufkraft für verschiedene Personenkreise vergleichen. So verliert zum Beispiel der Empfänger eines sozialen Integrationseinkommens 18 Euro pro Monat aufgrund des Indexsprunges und 126 Euro infolge des Taxshift. Insgesamt reduzieren diese beiden Maßnahmen sein Einkommen um 12 %. Der mittlere Angestellte verliert 64 Euro durch den Indexsprung und gewinnt 13 Euro dank des Taxshift, insgesamt reduziert dies sein Einkommen um 2 %.

Im Ganzen macht sich der Indexsprung negativ bei allen Einkommen bemerkbar (sowohl bei den reichsten als auch bei den ärmsten Arbeitnehmern). Die Wirkung des Taxshift ist kontrastreich. Sozialzulagenempfänger ziehen keinen Nutzen aus den positiven Maßnahmen und sind daher die ersten, die die Zeche zahlen müssen. Bei den Arbeitnehmern gewinnen diejenigen mit einem mittleren Lohn an Kaufkraft, während die Kaufkraft der reicheren und armen Arbeitnehmer sinkt. Wenn Sie den Effekt dieser zwei Maßnahmen addieren, stellt man fest, dass die ersten Opfer die Sozialzulagenempfänger

sind, deren Kaufkraft zwischen 10 und 14 % sinkt. Bei den Arbeitnehmern sinkt die Kaufkraft um 1,5 bis 3 %.

Diese Trends lassen sich erklären, weil der Taxshift keine steuerliche Verlagerung von Arbeit zu Kapital ist, was wirklich erlaubt hätte, die Kaufkraft von Arbeitnehmern und Sozialzulagenempfängern zu erhöhen. Die Senkung der Besteuerung der Arbeit wird jedoch hauptsächlich ausgeglichen durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer und Akzisensteuer) und durch Sparmaßnahmen (bei der sozialen Sicherheit und den Staatsausgaben). Mit anderen Worten, die Verlagerung als solche geschah hauptsächlich von Arbeitnehmern zu Sozialhilfeempfängern, von der Arbeit zum Verbrauch und von unseren zeitversetzten Löhnen (die die Finanzierungsquelle für unser Kollektivgut sind, wie beispielsweise für die soziale Sicherheit) auf kurze Sicht zu unseren Löhnen.

Das bedeutet, dass der Kaufkraftverlust der Bürger unter anderem die Beihilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Unternehmen (Senkung der Arbeitgeberbeiträge) finanziert. Die Frage, die sich dann stellt, ist folgende: Waren diese Maßnahmen für die Beschäftigung in Belgien vorteilhaft - da die Beitragssenkungen mit keinerlei Verpflichtungen einhergingen? Mehr dazu in einer nächsten Ausgabe.

1 Fondation Travail Université, 2019, „Le pouvoir d'achat en Belgique“ eine Analyse pro Dezil, oder „Warum die Forderungen der sozialen Bewegungen legitim sind“.

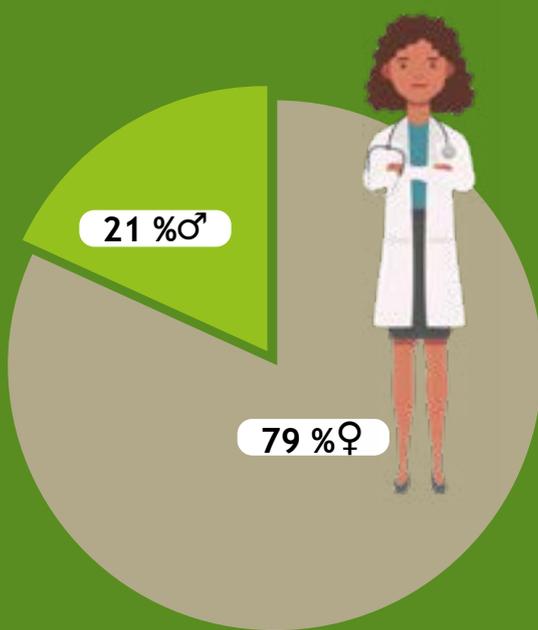
2 Erhöhung des Pauschalabzugs für Berufskosten, Erhöhung des steuerbefreiten Prozentsatzes, Streichung der 30%-Tranche der persönlichen Einkommensteuer, Anpassung der Untergrenze der Tranche auf 45% und Erhöhung des Beschäftigungsbonus.

3 Erhöhung der Akzisensteuer auf Diesel und Erfrischungsgetränke, Tabak und Alkohol; Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Elektrizität (unter anderem) und Erhöhung der Quellensteuer auf Dividenden.

CORONAKRISE – WER STEHT AN VORDERSTER FRONT?

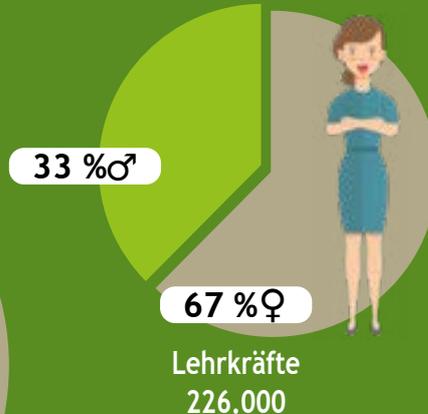
Fokus auf die wesentlichen Arbeitsplätze, an vorderster Front während der Coronakrise:

Wer sind diese Arbeitnehmer, oder besser gesagt, wer sind diese Arbeitnehmerinnen? Und wie sind ihre Arbeitsbedingungen?

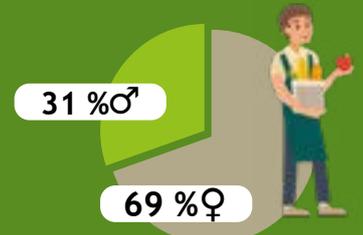


Das Pflegepersonal

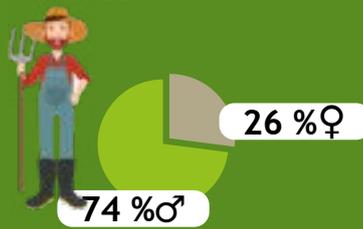
700.000 darunter 140.000 Krankenpflegerinnen, 100.000 Pflegehelferinnen und 35.000 Ärztinnen



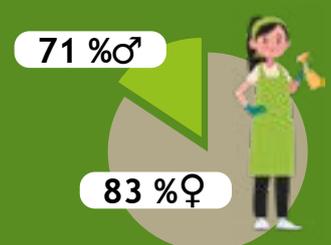
Lehrkräfte
226.000



Lebensmittelhandel
57.000



Landwirte
24.000



Reinigungspersonal
50.000

Nicht zu vergessen all die anderen: das Sicherheitspersonal, Mitarbeiter der verschiedenen öffentlichen Dienste, der Lebensmittelindustrie,...

Ihr Bruttomonatsgehalt

3558€ Durchschnittsgehalt - alle Berufe

3200€ Lehrkräfte

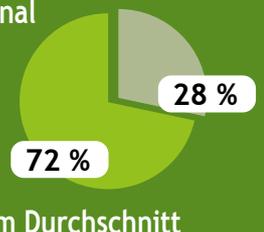
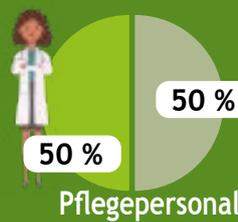
2380€ Krankenpfleger
2357€ Lebensmittelhandel

2279€ Reinigung

1200€ Landwirte

Anteil der Teilzeitarbeit

Vollzeit Teilzeit



Quelle: Statbel, LASS, France Stratégie

KEINE ZUKUNFT OHNE UNS

© Tham Kee Chuan-stock.adobe.com



In den letzten Wochen stand die Einzelhandelsbranche ungewollt an vorderster Front. In diesen Krisenzeiten mussten die MitarbeiterInnen zwischen offenen Läden und extremer Angst kämpfen, damit endlich die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden.

Es wurde auch eine faire Gegenleistung für die in diesem Zeitraum erzielten Gewinne ausgehandelt. In der Tat haben die Supermärkte mit 506 Millionen Euro zusätzlichem Umsatz ein schwindelerregendes Wachstum verzeichnet. Dies war nur dank der kontinuierlichen Bemühungen eines sehr engagierten Personals möglich. Aber die Arbeitnehmer, die ihren Job verloren haben, müssen mit empfindlichen Einkommenseinbußen klarkommen. Zwei Seiten ein und derselben Krise, über deren Ausweg man nachdenken muss.

Covid: Indikator und Beschleuniger bestehender Trends

Die Nutzung des Internethandels ist je nach Unternehmen unterschiedlich. Während in der Lebensmittelindustrie ein unglaublicher Sprung verzeichnet wurde, sieht es in der Non-Food-Industrie eher nach Kontinuität und Stillstand aus. Die Auswirkungen von Internethandel und neuen Technologien haben sich verzehnfacht.

Mehr als je zuvor sind Unternehmen, die diesen Wendepunkt nicht vorhergesehen haben, in Gefahr und gefährden die zukünftige Beschäftigung von Tausenden von Menschen. Andere hingegen zeigen sich als Gewinner mit neuen Perspektiven im Vergleich zur Zeit vor der Krise. Die Branche versucht, auf die Kundenwünsche einzugehen oder sogar zu antizipieren.

Wird die Entwicklung dieser Nachfrage Arbeitsplätze und Geschäfte anders strukturieren (Öffnungszeiten, Angebote,...)? Ist der Verbraucher auf den Geschmack des E-Commerce gekommen? Wird er sich für dieses Mittel entscheiden, das er in einem unveränderten gesundheitlichen Kontext für sicherer halten könnte?

Die Krise hat auch die Möglichkeit einer anderen Art des Konsums in einem Lebensrhythmus aufgezeigt, der sich wieder auf sich selbst und seine Familie konzentriert hat: kurze Lieferwege, regionale Produkte, selbstgekochte Lebensmittel, Recycling von Kleidung, Anbau eigener Produkte oder Einkaufen vor Ort. Wird sich dieses Zwischenspiel nachhaltig auf

den Sektor auswirken? Passt er sich an oder stellt er sich sogar neu auf?

Die sozialen Auswirkungen der Coronakrise stecken noch in den Anfängen. Entlassungen werden bereits täglich angekündigt und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Arbeitslosigkeit auf das Einkommen der Bevölkerung lassen sich nicht bagatellisieren. Wie wird die Zukunft des Sektors in den kommenden Monaten und Jahren aussehen? Welche Auswirkungen wird dies auf unsere Arbeitnehmer haben, deren Arbeitsplätze so eng mit der Kaufkraft der Bevölkerung verbunden sind?

Hatten wir schon vor der Krise Angst vor Schließungen oder Umstrukturierungen, so ist diese Angst heute umso größer, aber nicht alle Arbeitnehmer werden gleich behandelt. Wir müssen daher in der Lage sein, solidarische Lösungen für die Zukunft zu finden. Mehr denn je fordern wir die Unternehmen und die Arbeitgeberverbände auf, mit den Sozialpartnern vorausschauend nach strukturellen Lösungen zu suchen, die andere Perspektiven als den Abbau von Arbeitsplätzen und die Ankündigung von Umstrukturierungen eröffnen.

Schließlich hat die Covid-19-Krise auch wichtige soziale Fragen offenbart, insbesondere die Frage nach dem Status der Sektoren, die sich als wesentlich erwiesen haben. Sie hat die Realität wenig anerkannter Berufe mit meist niedrigen Löhnen, Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeiten aufgezeigt. Es waren jedoch diese und andere Berufe, die dafür sorgten, dass die Eingesperrten weiterhin essen, ein wenig normal leben und sich in letzter Zeit auch beschäftigen konnten (Bücher, Sport, kreative Freizeitaktivitäten usw.). Diese Frage wird in den kommenden Monaten sowohl in den Unternehmen als auch auf Sektorebene gestellt werden müssen.

Und morgen?

Die vor uns liegende Zeit wirft viele Fragen und Unsicherheiten auf. Und doch muss dies eine Gelegenheit

für die Arbeitnehmer des Internet-handels sein, die Konturen des Sektors selbst zu zeichnen. Gemeinsam müssen wir positive Vorschläge für die Krisen machen, mit denen wir in den kommenden Monaten zweifellos konfrontiert sein werden. Krisen sind kein Verhängnis, sondern eher eine Gelegenheit für Erneuerung.

Angesichts des Rückgangs der Zahl der Arbeitsplätze und der unausweichlichen Neuordnung der Berufe haben wir Vorschläge, die es uns auch ermöglichen, unsere Statuten zu verbessern. Die Krise mit ihrem beispiellosen und globalen Charakter, ihrer Dringlichkeit und Härte zwingt uns, über den Tellerrand hinauszudenken.

Reduzierung der Arbeitszeit als Lösung

Mehr denn je ist die Reduzierung der Arbeitszeit auf Sektorebene ein Instrument, das unseren Arbeitnehmern eine Zukunft bietet. Sie ermöglicht uns, Arbeit umzuverteilen und damit Arbeitsplätze zu retten und Teilzeitverträge aufzuwerten. Sie ermöglicht auch, schwer zu besetzende Stellen attraktiv zu machen und durch innovative Lösungen (Ausbildung, Betreuung usw.) humanere Lösungen für lange Laufbahnen anzubieten. Die Arbeitsorganisation würde angepasst, indem die Balance zwischen Berufs- und Privatleben der Arbeitnehmer und das Kundenangebot miteinander kombiniert würden. Die Reduzierung der Arbeitszeit ist eines der Instrumente, das ermöglichen würde, den Beschäftigten in dieser Branche eine Zukunft ohne harte Kündigungen zu bieten. Was die Durchführbarkeit dieser Maßnahme betrifft, die das erste Argument sein wird, dem wir uns widersetzen werden müssen, sollten wir daran denken, dass ein Teil des Sektors reichlich von dieser Krise profitiert hat. Und als es notwendig war, Banken oder Fluggesellschaften zu retten, wurden diese Mittel gefunden. Geben wir uns die Mittel, um durch einen konstruktiven und ehrgeizigen sozialen Dialog mit den Arbeitnehmern von heute in den Einzelhandel von morgen einzusteigen. Und zwar schnell.



#DASBLEIBTHAENGEN JETZT IST DER PFLEGESEKTOR AN DER REIHE

Anfang Juni wurde im Föderalparlament eine Einigung bezüglich des sogenannten Weißkittel-Fonds („Fonds des Blouses Blancs“) erzielt. Er sieht fast 5.000 Arbeitsplätze in Krankenhäusern und in der häuslichen Krankenpflege sowie die Einführung einer Ausbildung für die Pflegeberufe vor.

Ein erster Schritt und ein erster Sieg für die CSC-Angestelltengewerkschaft CNE. Die monatelange Mobilisierung der CNE mit den „Weißkittel-Dienstag“ hat zur Schaffung eines Fonds in Höhe von 402 Millionen Euro geführt. Das Parlament wird im Juni endgültig über diesen Haushalt abstimmen.

KRANKENHÄUSER

Ein Beispiel: Ein Krankenhaus mit 500 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) soll 1,5 Millionen Euro pro Jahr erhalten, was zur Schaffung von 23 VZÄ an Pflege- oder Hilfspersonal führen könnte, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein großer Sieg für die CNE, angesichts der Unschlüssigkeit anderer Gewerkschaften, die Aktionen der *#DienstagederWeißkittel* in 2019 zu unterstützen. „Das ist das erste Mal in der Geschichte, dass es der sozialen Bewegung gelungen ist, ein solches Budget zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals zu erhalten“, erklärt CNE-Gewerkschaftssekretärin Vera Hilt.

„Dies umso mehr, da wir dank des Drucks der CNE auf die Parlamentarier erreichen konnten, dass die Arbeitsplätze aufgrund von im Betriebsrat definierten Projekten paritätisch vergeben werden. Das bedeutet, dass die CNE-Delegierten das Personal weiterhin zu den Prioritäten für diese zusätzlichen Stellen konsultieren werden. Ebenso wird geprüft, ob es sich wirklich um zusätzliche Arbeitsplätze handelt und dies auch auf lange Sicht so bleiben wird. Auch hier werden die CNE-Delegierten geschult, um dies kontrollieren zu können“, so die Gewerkschafterin.

NICHT-KOMMERZIELLER SEKTOR

Aber die Coronakrise macht deutlich, dass es absolut notwendig ist, weiter zu gehen, und zwar für alle Berufe in allen Bereichen des nicht-kommerziellen Sektors, sei es auf Landes-, Regional- oder Gemeinschaftsebene. Deshalb hatte die CNE die Regierungen aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen über einen „Neuen Deal im nicht-kommerziellen Sektor“ aufzunehmen. Auf Föderalebene begannen die Verhandlungen Mitte Juni. Ziel ist es, diese Verhandlungen vor der Parlamentspause abzuschließen.

Das Personal der verschiedenen Branchen (Altenheime, Behindertenhilfe, Familienhilfe, soziokulturelle Hilfe, Jugendhilfe, Kleinkindbetreuung,...) fordert die Gewerkschaften auf, aktiv zu werden. Deshalb wurden Streikankündigungen in allen paritätischen Kommissionen des nicht-kommerziellen Sektors hinterlegt. Damit sind alle Aktionen abgedeckt, die notwendig sind, um sich Gehör zu verschaffen. Denn mehr als nur Applaus sind jetzt Aktionen erforderlich. Von der Politik wird eine Wende erwartet. Denn *#dasbleibthaengen*.

DIE SOZIALE SICHERHEIT

UNSER BESTER SCHUTZ GEGEN KRISEN



EINE KAMPAGNE VON CAB/MOC



FÉDÉRATION
WALLONIE-BRUXELLES